Möglicher Gasstopp als Wirtschaftsrisiko?

Der Preis wäre hoch, wenn Europa auf Öl und Gas aus Russland verzichten würde oder müsste. Zwei Ökonomen schätzen die Lage für Liechtenstein und die Region ein.

Dorothea Alber

Die Wirtschaftssanktionen gegenüber Russland sind inzwischen massiv. Wenn es aber darum geht, einen Importstopp für Öl und Gas aus Russland zu verhängen, sind die Staaten vorsichtig. Dabei führt die EU nach wie vor Öl und Gas im Wert von fast einer Milliarde Euro täglich ein. Der am Liechtenstein Institut tätige Ökonom und Forscher Martin Geiger sieht in Zöllen eine geeignete Lösung.

Welche Folgen hätte ein Embargo?

Ein Energieembargo würde die europäische Wirtschaft in eine neuerliche Rezession stürzen. «Embargos wären aber entsprechend ökonomischer Analysen unter Inkaufnahme massiver Kosten möglich, ohne dass die Wirtschaft kollabieren würde», sagt Geiger. Politisch scheint ein Embargo allerdings vor diesem Hintergrund nicht erwünscht.

Wie stark wäre der Wirtschaftseinbruch?

«Der Wirtschaftseinbruch würde mit hoher Wahrscheinlichkeit glimpflicher ausfallen als der während der Coronakrise», schätzt Martin Geiger die Folgen eines Embargos ein. Auch wenn es seitens der EU kein Embargo geben wird, ist die Energiesicherheit Europas aber trotzdem gegenwärtig gefährdet, weshalb eine Diversifikation der Versorgung und eine Abkehr von der russischen Abhängigkeit angestrebt werden sollte. Die Energieabhängigkeit Europas versucht bereits jetzt hohe Kosten für die Wirtschaft.

Was kostest es die Schweiz?

Es wäre ein harter Schlag für die Schweizer Wirtschaft: Das Wachstum würde viel geringer ausfallen. Zu diesem Schluss kommt die Konjunkturforschungsstelle KOF der ETH Zürich, wie das «St. Galler Tagblatt» kürzlich berichtete. Aber die Wirtschaft würde noch immer wachsen. Eine Rezession würde es nicht geben. Laut KOF käme die Wirtschaft im Jahr 2022 dann nicht mehr auf ein Wachstum von gut drei Prozent, es wäre nur ein Wachstum von einem Prozent. Demnach würde ein Exportstopp die Schweiz wirtschaftlich hart treffen: Es gingen zwei Prozentpunkte an Wachstum verloren, was ungefähr 15 Milliarden Franken an Wertschöpfung entspricht. Und im Jahr darauf käme nochmals ein Wachstumsverlust obendrauf: 2023 gingen 3,5 Prozentpunkte an Wachstum verloren im Vergleich zu einer Welt ohne Ukraine-Krieg. Total käme es verteilt über zwei Jahre dann zu einem Wertschöpfungseinbruch von ungefähr 41 Milliarden Franken.

> «Das grösste Problem für Liechtenstein wären aber wohl sogenannte Zweitrundeneffekte.»
>
> **Martin Geiger**
> Ökonom am
> Liechtenstein-Institut

Was bedeutet das für Liechtenstein?

Bereits jetzt verursachen die hohen Energiepreise Probleme. Das grösste Problem für Liechtenstein wären aber wohl sogenannte «Zweitrundeneffekte». Über den hohen Exportanteil und die Fokussierung auf Investitionsgüterproduktion reagiert die heimische Wirtschaft sehr sensitiv auf globale Wirtschaftseinbrüche, die durch ein breit angelegtes Embargo verursacht werden könnten.

Was kostet es Liechtenstein konkret?

Aufgrund mangelnder Verfügbarkeit entsprechender Daten werden für Liechtenstein generell keine quantitativen, modellbasierten Prognosen durchgeführt. «Entsprechend unserer Analysen kann aber festgestellt werden, dass das kurzfristige Wirtschaftswachstum auf Einbrüche der Weltwirtschaft stärker als das schweizerische reagiert», sagt Geiger. Aus dieser Sicht kann davon ausgegangen werden, dass die liechtensteinische Wirtschaft die Konsequenzen eines Energieembargos für die Weltwirtschaft stärker zu spüren bekäme als die schweizerische.

Sind Zölle das richtige Mittel?

Auf Initiative des renommierten europäischen Thinktanks Bruegel schlagen führende Ökonomen in einem in der Fachzeitschrift «Nature» publizierten Brief vor, Zölle und Preisgrenzen auf russische Energieträger zu verhängen. Europa ist der wichtigste und zahlungskräftigste Exportmarkt für russische Energie. «Um den Druck auf Russland zu erhöhen, sollten die europäischen Länder ein Nachfragekartell konstituieren und Zölle einführen bzw. Preise regulieren, so die Empfehlung», betont der Ökonom Geiger bereits Mitte April in einem Gastkommentar in dieser Zeitung. Zölle könnten entsprechend der Eskalationslage in der Ukraine angepasst werden und würden Anreize für Diversifikation zugunsten anderer Energieträger und Förderländer setzen. Zudem sollte die Diversifikationsstrategie, wie Geiger weiter ausführte, gemeinsam unter europäischer Flagge vorangetrieben werden. So könnte gegenüber anderen Förderländern stärker aufgetreten werden und Engpässe innerhalb Europas flexibler bewältigt werden. «Dabei hätten nicht nur Zölle und Preisregulation selbst einen lenkenden Einfluss, auch Erträge daraus könnten strategisch genutzt werden.» Ein Teil könnte treuhänderisch verwaltet werden und Russland zufliessen, sofern es die Angriffe einstellt. Anderseits könnten die lukrierten Mittel dem ukrainischen Wiederaufbau zugutekommen. Ohne Risiko, dass Russland seinerseits den Export einstellen würde, wäre eine solche Massnahme allerdings nicht.

Wie wirkt sich der Krieg allgemein aus?

Direktexporte nach Russland und in die Ukraine sind in Liechtenstein und in den meisten anderen europäischen Ländern gering. Es sind vor allem die indirekten Effekte, die die globale Konjunktur belasten. Der Konflikt führt gemäss Geiger einerseits zu Unsicherheit, die sich negativ auswirkt, da Konsum und Investitionen zurückgehalten werden. Anderseits führen die durch den russischen Angriff ausgelösten Verwerfungen am Energiemarkt zu Preisanstiegen, welche die Inflation befeuern. Und hohe Inflation bei niedrigem Wachstum ist problematisch.

Grafik: Regina Hasler

Energieembargo könnte deutsche Wirtschaft deutlich schwächen

Für ihren jüngsten Monatsbericht analysierte die Bundesbank in Deutschland, welche gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen eine Eskalation des Ukraine-Krieges haben könnte.

Das Szenario: Der Handel mit Russland einschliesslich der Energieimporte wird bis auf Weiteres eingestellt, und es könnte dann neben Preiseffekten auch zu einer Rationierung des Energieeinsatzes kommen. «Kurzfristig könnte das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland in diesem Fall bis zu fünf Prozent niedriger ausfallen als in der März-Prognose der Europäischen Zentralbank (EZB) angelegt. Im Vergleich zum Vorjahr würde das reale BIP um knapp zwei Prozent zurückgehen», wie die Bundesbank unlängst mitteilte. Den Bundesbank-Fachleuten zufolge würde sich auch der Preisanstieg nochmals erheblich verstärken. In dem betrachteten Szenario könnte die Inflationsrate in Deutschland 2022 um 1,5 Prozentpunkte und 2023 um 2 Prozentpunkte höher liegen als in der EZB-Prognose veranschlagt. Als Hauptgrund dafür nennen die Experten der Bundesbank die bei einer weiteren Eskalation deutlich steigenden Energiepreise. Auch 2024 dürfte die Teuerungsrate noch erhöht sein, allerdings nicht mehr so stark. «Für den Fall eines Energieembargos gegen Russland durch wichtige Abnehmerländer sei davon auszugehen, dass die Preise für Rohöl, Erdgas und Kohle deutlich zulegen.» Der Preis für ein Fass Rohöl der Sorte Brent könnte auf über 170 US-Dollar steigen. *(red)*

1
Milliarde Euro: So hoch ist der Betrag, für den die EU Öl und Gas täglich einführt.

170
US-Dollar: So hoch schätzt die Bundesbank den Preis für ein Fass Rohöl im Falle eines Energieembargos.

41
Milliarden Franken kostet es die Schweiz, falls ein Embargo gegen Russland Realität wird.

Nachgefragt

«Ein Embargo heizt die Inflation an und löst eine Rezession aus»

Herr Eisenhut, wie beurteilen Sie als Ökonom ein totales Embargo auf russischen Energieimporten ganz generell?
Peter Eisenhut: Entscheidend für eine solche Beurteilung sind zwei Fragestellungen. Erstens: Welches Ziel soll damit erreicht werden? Geht es um ein möglichst schnelles Ende des Krieges, müsste man wissen, wie Putin und sein Umfeld auf ein solches Embargo reagieren würden. Dazu traue ich mir kein Urteil zu.

Und zweitens?
Zweitens wären die kurzfristigen Konsequenzen auf die europäische Konjunktur mehr als nur unangenehm. Das Risiko besteht, dass Europa sich mit einem Embargo so stark schwächen würde, dass darunter die Handlungsfähigkeit – auch in Bezug auf die Ukraine – leiden würde. Es geht also nicht um die Frage, ob wir das Maximum tun, um Russland zu bestrafen, sondern um das Optimum. Ich bin skeptisch, ob Europa mit einem Embargo das Optimum erreichen würde.

Welche Auswirkungen hätte ein solches Embargos auf Europa?
In meiner Einschätzung würde ein solche Embargo in Europa eine Stagflation auslösen, also die Inflation anheizen und gleichzeitig eine Rezession auslösen. Wie stark diese Veränderungen bei der Teuerung und im BIP ausfallen würden, kann nicht zuverlässig vorhergesagt werden. Dafür sind zu viele Unsicherheiten, Abhängigkeiten und Risiken vorhanden, die nicht quantifizierbar sind. Entsprechend umfangreich sind die zu treffenden Annahmen. Die Industrie wäre sicherlich den grössten Verwerfungen ausgesetzt. Ein solches Embargo hätte neben ökonomischen auch gesellschaftliche Verwerfungen zur Folge. Es wäre wohl nur eine Frage der Zeit, bis es aufgrund der Preiserhöhungen zu Massenprotesten kommen würde.

Wie stark würden Liechtenstein und die Schweiz darunter leiden?
Die direkte Abhängigkeit von russischer Energie ist in der Schweiz und Liechtenstein kleiner als in der EU. Aber als besonders exportorientierte Länder sind wir von einer Rezession in Europa immer sehr stark betroffen.

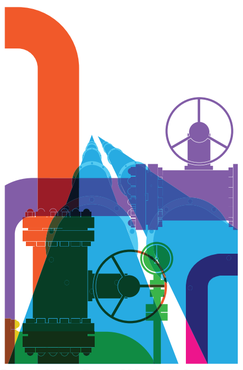
Aber aus ethischer Sicht wäre es doch richtig, den Handel mit russischem Gas und Öl sofort zu stoppen.
Aus einer rein gesinnungsethischen Beurteilung wahrscheinlich schon. Aber aus einer verantwortungsethischen Sicht sind eben auch die Kollateralschäden für die Europäer zu berücksichtigen, die nie grösser sein dürfen als das zu bekämpfende «Übel».

Was halten Sie von Zöllen auf russischen Energieimporten?
Ein Zoll oder eine Besteuerung wäre ein Versuch, die Energielieferungen aus Russland zu sanktionieren, ohne dass Europa gänzlich auf die Energie aus dem Kreml verzichten müsste. Zudem würden die Zölle in die Kassen der europäischen Länder fliessen. Die Folgen wären aber auch höhere Energiepreise für Privathaushalte und Unternehmen. Denn die Exporteure würden den Zoll oder die Besteuerung ganz oder teilweise auf die Preise überwälzen. Auf dem aktuellen Preisniveau wäre eine zusätzliche Verteuerung nur schwer zu verdauen. Um Ausgaben zu sparen, könnten die Verbraucher ihren Konsum reduzieren, was die russischen Lieferanten zu spüren bekommen würden. Die Strafzoll-Strategie kann allerdings nur funktionieren, wenn die russischen Produzenten keine alternativen Absatzmärkte finden. So oder so wären die russischen Reaktionen alles andere als voraussehbar. *(dal)*

Peter Eisenhut, Ostschweizer Ökonom und Präsident der Stiftung Zukunft.li.
Bild: Tatjana Schnalzger, Archiv

Diese Länder fördern weltweit am meisten Erdgas (2020)

	Förderung in Mia. m³
USA	914,6
Russland	638,5
Iran	250,8
China	194
Katar	171,3
Kanada	165,2
Australien	142,5
Saudi Arabien	112,1
Norwegen	111,5
Algerien	81,5



Quelle: BP Statistical Review of World Energy 2021, Grafik: Stefan Aebi